Freitag, 24. Juli 2009

Haushalt Mainhausen: UWG gesteht Verhinderungsstrategie

Fraktionschef Manfred Stolz bekennt sich offen zur Blockadehaltung / SPD-Fraktion fordert Rücktritt

Mit einem Eintrag in das Internet-Forum der Offenbach Post hat die UWG Mainhausen erstmals bekannt, dass die ablehnende Haltung der Mehrheitsfraktionen aus CDU, FDP und UWG zum Haushalt einzig und allein zur Blockade der Politik von Bürgermeisterin Ruth Disser dienen soll. Dort heißt es in einem Eintrag durch deren Fraktionschef Manfred Stolz: „…einen besseren Haushalt als eine Ersatzvornahme durch die Kommunalaufsicht kann es in diesem Superwahljahr nicht geben. Denn es gibt auch keine Wahlgeschenke, wie zum Beispiel die Disser-Halfpipe…“

„Endlich spielt der erste Vertreter der Mehrheitsfraktionen mit offenen Karten und bekennt, warum diese den Haushalt für 2009 nicht verabschieden wollen“, so Kai SPD-Fraktionsvorsitzender Kai Gerfelder. „Der Verweis auf angeblich fehlende Informationen zum Zahlenwerk der Bürgermeisterin dient lediglich als Alibi für die Verhinderungs- und Zerstörungspolitik. Es ist nun unmittelbar vom Verursacher bestätigt, was wir schon seit Monaten wussten. CDU, FDP und UWG legen aus rein wahltaktischen Gründen die Gemeinde lahm. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Wenn man bedenkt was alles auf dem Spiel steht: Förderbeträge in sechsstelliger Höhe für die Kindergartensanierung, die Vereinszuschüsse, der Seniorennachmittag und die Seniorenwoche… Da bleibt einem glatt die Spucke weg. Außerdem: Der Haushalt ist auf Kante genäht. Da steckt kein einziges Wahlgeschenk drin. Wir wissen, was sich die Gemeinde leisten kann und was nicht.“

Bereits vergangenen Dienstag (21.07.) hatte Stolz in der Sitzung der Gemeindevertretung vor etwa fünfzig Zuhörern bekannt, dass er sich nicht an Recht und Gesetz gebunden sehe, sondern eigene Interessen über die Vorschriften der HGO stelle. Mit den Worten „Was die Kommunalaufsicht von uns verlangt interessiert mich nicht“, verursachte Stolz große Verwunderung bei den Anwesenden. Weiterhin hatte Stolz wider besseres Wissens behauptet, freiwillige Leistungen könnten auch ohne beschlossenen Haushalt erbracht werden.

Für die SPD-Fraktion bleibt in Anbetracht des Bekenntnisses der UWG nur ein Weg für deren Fraktionschef: „Manfred Stolz muss sein Mandat niederlegen. Wer die eigenen Interessen über die des Gemeinwohls stellt, hat in unserem politischen System nichts verloren. Gleiches gilt auch für die Verantwortlichen in CDU und FDP. Der bürgerliche Block hat sich selbst überführt und muss nun Konsequenzen ziehen. Wir weigern uns auf das derzeit herrschende Niveau von Blockade und Beschimpfungen hinabzusteigen. Wir werden weiterhin sachliche und sinnvolle Politik machen und unseren Kurs der Konsolidierung und Modernisierung fortsetzen.“

---

www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen